Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 13. September 2022 um 10:56 Uhr

Agrarpolitische Sprechertagung von CDU und CSU

Dammann-Tamke: Brauchen Rahmenbedingen, die nachhaltige Landwirtschaft mit Notwendigkeiten einer verlässlichen Versorgung in Einklang bringen

Dienstag 13. September 2022 - **Hannover (wbn). „In der derzeitigen Krise brauchen wir schnell Rahmenbedingungen, die eine auf Dauer nachhaltige Landwirtschaft mit den akuten Notwendigkeiten einer verlässlichen Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Ressourcen für die Bioökonomie zusammenbringen“, hat Helmut Dammann-Tamke am Rande der aktuellen agrarpolitischen Sprechertagung von CDU und CSU erklärt.**

Hierfür sei der einseitige Fokus auf einer Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion nach Ansicht der agrarpolitischen Sprecher von CDU und CSU der falsche Weg.

Fortsetzung von Seite 1 „Die begrenzten Ressourcen erfordern mehr denn je ein effizientes Wirtschaften“, so Dammann-Tamke. „Die EU-Kommission muss beispielsweise ihren Vorschlag zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln überarbeiten. Besonders das generelle Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten lehnen wir ab“, erklärt Dammann-Tamke für die agrarpolitischen Sprecher von CDU/CSU. Statt die heimische Versorgungssicherheit durch das Ordnungsrecht weiter einzuschränken, brauche es eine landwirtschaftliche Anbauperspektive, damit Deutschland bei möglichst vielen Lebensmitteln, eine bessere Selbstversorgung durch eine heimische Nahrungsmittelproduktion gewährleisten könne.

„Gleichzeitig benötigen wir eine Innovationsoffensive, um die Potenziale der Landwirtschaft für eine nachhaltige, leistungsfähige und klimaangepasste Erzeugung von Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen für die Bioökonomie zu heben“, so der Agrarexperte. Im Bereich der Tierhaltung stellten die agrarpolitischen Sprecher von CDU und CSU fest, dass in Deutschland mit Ausnahme von Geflügel, die Tierbestände massiv sinken. Diese Entwicklung stelle eine zentrale Herausforderung für die Lebensmittelversorgung sowie für die ländlichen Räume insgesamt dar. „Eine Verbesserung beim Tierwohl im europäischen und weltweiten Wettbewerb kann nur durch Planungssicherheit und einer auskömmlichen Finanzierung gewährleistet werden. Der Bund muss hierfür seine Versprechen zur Umsetzung der Borchert Kommission einhalten. Bundesminister Özdemir hat viel angekündigt, aber nicht geliefert“, so Dammann-Tamke.

Die Bundesregierung müsse jetzt zur Einführung einer Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Fleischverarbeitungsprodukte zeitnah einen entsprechenden Notifizierungsantrag bei der EU-Kommission einreichen. Die Kennzeichnung müsse dabei auch für Restaurants und andere Außer-Haus-Verpflegungen verpflichtend sein.